

Ercheint alle 14 Tage.  
Wochenspreiz  
1,50 Mk.  
In besten im Verlag  
"Die Erche", Berlin  
NO 55, Greifswalder  
Strasse 222.

# Die Erche

Anzeigen für die sechs-  
gewaltene Beittactie  
20 Pfg.  
Arbeitsmarkt 15 Pfg.  
Ortsvereinsanzeigen  
10 Pfg.

## Organ des Gewerkevereins der Holzarbeiter Deutschlands (G.-D.)

Nr. 39/40

Berlin, den 2. Oktober 1931

42. Jahrg.

Fernsprechamt  
Alexander 4719

Alle Zuschriften für "Die Erche" an P. Volkmann, Greifswalder Strasse 222. Alle für das Hauptbüro des Gewerkevereins bestimmten Postsendungen sind zu adressieren: Gewerkeverein der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin NO 55, Greifswalderstr. 222. Samtl. Geldsendungen an M. Schumacher, Berlin NO 55, Greifswalderstr. 222, Postfach 20001 beim Postsparkamt Berlin NW 7

Fernsprechamt  
Alexander 4719

### Der brodelnde Herdenteffel.

Der politische wie wirtschaftliche Horizont ist nach wie vor stark unwohl. Im Osten droht ernste Kriegsgefahr, Japan will offenbar seine Machtpolitik ausüben, um dem durch Ueberschwemmung und Hungersnot schwer leidenden chinesischen Volke weitere Landessteile zu entreißen. Die Regierung in China hat in ihrer Not sich um Hilfe an den Völkerbund gewandt. Dieser bemüht sich zur Zeit ernst die schwebenden Differenzen zu beseitigen, er ist sich des Ernstes der Lage voll bewußt, gilt es doch die Kriegsfürche zu bannen, Vernichtung von Menschenleben zu verhindern.

Die Augen der ganzen Welt sind z. Zt. auf den Völkerbund gerichtet und es kann nicht bestritten werden, harte Probe gestellt ist. Der Völkerbund muß den Bedach derselbe vor eine außerordentlich schwierige und weils erbringen, ob derselbe die Macht und den ernststen Willen hat, einen Krieg zwischen den beiden Ländern China und Japan zu verhindern. An dem Ausgang dieses Exempels hat auch das deutsche Volk, insbesondere die deutschen Arbeitnehmer ein lebhaftes Interesse. Im deutschen Volke sind die Erinnerungen an die Greuel und Schmerzen des Weltkrieges noch nicht verblaßt und die uns auferlegten Lasten sind wahrlich nicht dazu angegan, Begeisterung für einen neuen Krieg hervorzurufen. Auch darf nicht übersehen werden, daß Deutschland nicht von besonders freundlichen Nachbarn umgrenzt ist, wir dürfen dabei nur auf Polen verweisen. Was in China passiert, kann auch eines Tages bei uns eintreten, deshalb kommt der diesmaligen Entscheidung des Völkerbundes eine besondere Bedeutung zu. Es ist nicht das erste Mal, daß der Völkerbund zur Schlichtung solcher Streitigkeiten angerufen worden ist, doch handelte es sich in den Fällen um kleine Staaten, so z. B. die Befreiung von Korsu durch die Flotte Mussolinis. Es gelang damals im Jahre 1923 Italien zur Einstellung der Feindseligkeiten zu bewegen und den Griechen zum Teit Gemüthung zu verschaffen. Ob der Völkerbund heute noch seine Aufgabe in der Weise gegen Italien erfüllen würde, muß stark angezweifelt werden, doch hatten die bisher erledigten Fälle nicht die Bedeutung, wie die jetzt entstandenen kriegerischen Verwicklungen zwischen China und Japan. Handelt es sich doch hier um die präzisste Frage: Wird der Völkerbund den Mut und die Kraft aufbringen, einen kriegerischen Konflikt zu verhindern, in dem eine Großmacht mit ständigen Ratschlag verwickelt ist? Die Entscheidung dieser Frage ist von weittragender Bedeutung.

Völkerrechtlich liegt an und für sich der Völkerbund ganz klar: China hat in Ausübung seiner Rechte als Mitglied des Völkerbundes den Rat angefordert und ist durchaus loyal gehandelt, indem es nicht den Rat um Hilfe ersuchte, sondern im voraus er. Die Entscheidung, die er treffen würde, anzunehmen. Japan dagegen hat zunächst offenkundig passive Haltung gezeigt, sodann direkte Sabotage und schließlich ist es zur bewußten Brüstierung des Völkerbundes durch Ignorierung seiner Friedensmahnungen übergegangen. Japan pocht auf seine Militärmacht und rechnet offenbar auf die Aktionsunfähigkeit der westeuropäischen Großmächte. Die japanische Regierung weiß, daß die chinesische Republik durch Bürgerkrieg, Hungersnot und Naturkatastrophen gegenwärtig daran gehindert ist, ihr einen erfolgreichen Widerstand entgegenzusetzen. Japan hofft außerdem, daß die heutige Wirtschaftskrise und Finanzkrise, die in Europa und Amerika wütet, die Großmächte daran hindern wird, energisch zugunsten Chinas einzugreifen. Es erweckt beinahe den Anschein, daß Japan die Gesamtlage ausnützt, um das seit Jahrzehnten gesteckte Ziel, die förmliche Eroberung der gesamten Mandchurie in die Tat umzusetzen. Eine weitere Gefahr besteht insofern, daß Rußland diese Eroberung nicht stillschweigend hinnehmen, vielmehr mit der Offiziellen Befragung beantworten würde.

Umso mehr ist es Pflicht und Aufgabe des Völkerbundes, kein Kompromiß zu schließen und für eine klare Entscheidung zu plädieren, die geeignet ist, das

Ansehen und die Würde des Völkerbundes nach außen hin zu stärken. Dies ist um so notwendiger, da genügend Strömungen auch in Deutschland vorhanden sind, die den Bund nur als lästige einseitige Fessel betrachten. Die öffentliche Meinung ist trotz aller europäischen Sorgen stark auf die Vorgänge im Osten gerichtet.

Mit derselben Schärfe werden die Finanzsorgen in England verfolgt. Dies Land, das vor dem Kriege betreffs der Finanzen tonangebend auf dem Geldmarkt war, muß ebenso wie Deutschland und andere Länder, wenn vielleicht auch nicht in dem Ausmaße die Erschütterung seiner Währung durchmachen. Hieraus geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß diese langanhaltende Krise im wahren Sinne des Wortes eine Weltkrise ist, von der sämtliche Länder, wenn auch in ihrer Auswirkung verschieden, erfaßt worden sind. Die Ursachen dieser Erscheinung werden nun verschiednen beurteilt. Gewisse Kreise erblicken darin ein vollständiges Versagen des Kapitalismus, andere wieder erblicken darin die völlige Unfähigkeit der sogenannten Wirtschaftsführer, die Unternehmerkreise machen den trampschaftlichen Versuch, alle Schuld den Gewerkschaftsführern, durch ihre starre Lohn- und Tarifpolitik aufzubürden. Inzwischen brodel es in dem Herdenteffel lustig weiter, die Wirtschaftskrise bringt fortgesetzt neue Störungen hervor. Millionen von Menschen hungern bei einem Warenreichtum und einem Erntefegen, wie nie zuvor. Um die Preise auf einer gewissen Höhe zu halten, zieht man es vor, lieber ungeheure Vorräte zu vernichten, statt sie der darbedenden Menschheit zu erschwinglichen Preisen zuzuführen. Im vorigen Jahre hat man in Nordamerika mit Weizen die Kessel geheizt, da bei den bestehenden Preisen dieser eigenartige Brennstoff billiger war, als die Kohle. Gleichzeitig hungerten und verhungerten in anderen Gebieten, besonders in Asien, Millionen von Menschen. Das Volk hungert und ist abgerissen, aber nicht in der Lage, sich die notwendigen Lebensmittel oder neue Kleidung zu beschaffen. Der Weizen wird als Brennstoff benutzt und die Baumwollvorräte werden planmäßig vernichtet. Das alles geschieht im Namen der Menschlichkeit. „Vernunft wird Unsinn, Wohlthat Plage.“ Liegt es in Deutschland nicht ähnlich? Auch bei uns herrscht der volkschädigende Preiswucher der Monopole und Kartelle. Auch bei uns werden Vorräte zurückgehalten, um die Nachfrage zu erhöhen, was beinahe dasselbe ist, wie ihre Vernichtung.

Liegt in diesem Treiben noch ein Sinn? Eine Volkswirtschaft ist doch zu nichts andern da, als um möglichst reichlichen und barum möglichen Nahrungsvorsorgung der Bevölkerung mit wirtschaftlichen Gütern. Demgegenüber muß eine immer größer werdende Verelendung der Massen festgestellt werden. Seit Jahren herrscht eine noch nie erlebte Massenarbeitslosigkeit, die Millionen arbeitssame Hände zur Untätigkeit verurteilt. 5 Millionen Menschen waren es im letzten Winter, und für den bevorstehenden Winter schätzt der Reichskanzler das Heer der Arbeitslosen auf wenigstens 7 Millionen. Der kommende Winter, so erwähnte der Reichskanzler weiter, werde der schlimmste sein, den Europa in den letzten 100 Jahren erlebt hat. Brünning macht auch Vorschläge, die Gegenstand und Ergebnis internationaler Verständigung sein sollen. Eine internationale Preisverftändigung soll für Waren gleicher Qualität herbeigeführt werden, um den vernichtenden Konkurrenzkampf in Handel und Industrie auszuschalten. Der Reichskanzler würde ferner eine internationale Regelung der bestehenden hohen Zolltarife begründen, dies legt jedoch internationale Zusammenarbeit voraus, die aber wiederum durch reaktionäre Heißsporne ständig gestört wird. Eine zielbewusste Innenpolitik wäre auch geeignet, das Vertrauen des Auslandes zu erwerben. Die kapitalistische Weltanschauung ist stark ins Wanken geraten, die Kapitalisten erblicken mit erster Sorge das Morgenrot einer neuen Weltordnung aufgehen, sie klammern sich an ihre alte Anschauung, verteidigen dieselbe mit allen Kräften und suchen in erster Linie nach Ablenkungsmanövern, um die Schuld auf andere abzuwälzen.

Wenn ein Unglück geschehen ist, will keiner schuld gewesen sein, wie im Privatleben des Alltags, so ist es auch im Staats- und Wirtschaftsleben. Nachdem im Sommer 1931 ein Unheil über die deutsche Wirtschaft

hereinbrach, das beinahe zu völligem Stillstand oder zu revolutionärem Durcheinander geführt hätte, hat ein gegenseitiges Beschuldigen in erhöhtem Maße eingesetzt. In den Tagen, da die Banken und Sparkassen ihre Schalter schließen mußten, waren weiteste Kreise der Öffentlichkeit geneigt, an das Ende des schuldbeladenen privatkapitalistischen Systems zu glauben. Die einen sahen das Ende selbst herannahen, die anderen wollten es mit Staatsgewalt herbeiführen. Die Verteidiger des deutschen Kapitalismus fanden nach kurzer Zeit die Sprache wieder und bemühen sich seitdem, die Schuldlosigkeit der Privatwirtschaft zu beweisen. Die Industrie überhäuft die Reichsregierung mit Denkschriften, in denen meist der Satz enthalten ist: „Nicht das privatwirtschaftliche System hat verfaßt.“

Es wäre abwegig die Geld- und Bankkrise Deutschlands, die auch auf andere Länder übergegriffen hat, selbst auf die älteste wirtschaftliche Großmacht England, nur aus den Systemmängeln des Kapitalismus zu erklären, die Politik spielt hierbei auch eine wesentliche Rolle. Die Verteidiger des deutschen Kapitalismus meinen natürlich, die Sozial- und Lohnpolitik sei schuld, und sie brüden das so aus: „Nicht die Privatwirtschaft hat verfaßt, sondern gescheitert ist ein System, das mit politischem Zwang die Privatwirtschaft künstlich ihrer natürlichen Entwicklungsgrundlagen beraubt hat.“ Damit will man in erster Linie die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen und das Tarifwesen treffen. Der Industrielle Kosterger wird in einem diesbezüglichen Artikel der „Vergewerkszeitung“ etwas deutlicher, indem er schreibt: „Es wäre besser gewesen, wenn wir schon früher begonnen hätten einzusehen, daß das Leben aller Deutschen in dem deutschen Tarifstaat einfach nicht möglich ist.“ Man sucht demnach die Schuldigen bei den Gewerkschaften und den Trägern der Sozialpolitik. Die Verteidiger des privatwirtschaftlichen Systems könnten wohl bei der Suche nach den Schuldigen von den Fehlern der privatwirtschaftlichen Führung ablenken. Aber sie lenken die Wut und Kritik nicht etwa auf die wahren Schuldigen, sondern auf die vermeintlichen Schuldigen, denen man in dieser Krise den Garaus zu machen hofft. Die industriellen Scharfmacher wittern natürlich jetzt Morgenluft, rüsten zu neuen Angriffen auf die Löhne und Gehälter und die ihnen so verhasste Sozialpolitik. Geradezu abenteuerliche Pläne der Schwerindustrie werden kolportiert. Das Gerüde von mangelnder Kapitalbildung in Deutschland blient in der Hauptsache zur Irreführung der öffentlichen Meinung. In den fünf Jahren von 1924 bis 1928 betrug der reine Kapitalzuwachs nach den Feststellungen des Instituts für Konjunkturforschung über 50 Milliarden, also etwa 10 Milliarden jährlich. Der Ertrag der Wirtschaft war also keineswegs so trostlos, wie es immer in den bekannten Klagebüchern hingestellt wird. Das Primäre ist die falsche Kapitalverteilung, weniger die unzureichende Kapitalbildung. Die Unternehmerpresse ist eifrig an der Arbeit, ihre Auftraggeber, die in der Schwerindustrie, in den Banken sitzen, reinzuwaschen, doch dürfte ihnen dies kaum gelingen. Die jetzige Krise ist mindestens auch eine Krise der kapitalistischen Privatwirtschaft in Deutschland. Das Verhalten der deutschen Privatbanken in den letzten Jahren und die Handlungen zahlreicher Industrieführer lassen sich einfach nicht rechtfertigen. Mit kurzfristigen Auslandsgeldern eine Expansion der Industriewirtschaft zu finanzieren, war frivol und gefährlich; wirkliche Wirtschaftsführer hätten aus dieser Erkenntnis Folgerungen ziehen müssen. Wir haben in den letzten Jahren mehrfach erlebt, daß ausländische Kreditgeber, wenn sie plötzlich Angst um ihr Geld bekamen, wenn Deutschland als ein großes wirtschaftliches oder politisches Risiko in ihren Augen erschien, die Gelder zurückziehen trachteten. Mit solchen, durch Stimmungen gebildeten Geldern hat man Industriedebite gewährt, die ihrem Wesen nach die Gefahr des Einfrierens ließen! Gemeinam mit den Führern industrieller Unternehmungen haben sich unsere Bankiers einem Konzernierungstau mel hingegeben, aus dem jetzt alles erwacht. Wenn man zwei Pleiten fusioniert, dann hat man ein prosperierendes Unternehmen gegründet; und wenn man gar aus einem Tugend fauler Unternehmungen einen Konzern macht, dann ergibt das einen gewaltigen Trust, der gar nicht

## Kollektive.

mehr umzubringen ist. So ungefähr war die Konjunkturphilosophie der sogenannten deutschen Wirtschaftsführer. Anstatt dessen, daß die Privatwirtschaft ihre gemachten Fehler einzieht und nach Mitteln wirklicher Gesundung Ausschau hält, verfällt man nach wie vor in den alten Fehler, indem man immer wieder die längst abgelebte, nicht mehr zugängliche Walze aufzieht und die alten Fehler von den hohen Bühnen, der starren Tarifpolitik der Gewerkschaften und der wirtschaftlichen Schädigung durch die Sozialpolitik herunter leiert. Hierin zeigt sich die ganze Unfähigkeit dieser sogenannten Wirtschaftsführer.

Wir haben als Gewerkschaften das größte Interesse an einer recht baldigen Gesundung der deutschen — und darüber hinaus der Weltwirtschaft. Da bei dem geltenden System auf den arbeitenden Menschen keine Rücksicht genommen wird, haben wir alle Ursache, auf der Hut zu sein. Es geht nicht an, daß den Ärmsten der Bevölkerung stets neue Lasten aufgebürdet werden, während der Besitz geschont wird. Die Hauptschuldigen an der Krise haben durchweg tragfähige Schultern und könnten sehr wohl viel größere Opfer bringen. Die bestehende Situation enthält Notsignale aller Art, die dazu führen müßten, die Kampfbereitschaft der Arbeitnehmer zu steigern, um ihre berechtigten Forderungen trotz der Notzeit durchzusetzen. Alles müßte geschehen, um die Gewerkschaften zu stärken und ihre Kampfkraft zu erhöhen. Die Gefahren erkennen, bedeutet gleichzeitig, dieselben zu bannen, dieselben können nur durch eine starke Organisation beseitigt werden. In den Gefahren, die uns seitens der Unternehmer drohen, gehört auch der Indifferentismus. Dauend sind Kräfte am Werke, diesen zu steigern. Die Gewerkschaftsmitglieder werden gegen ihre Organisation aufgehetzt. Brunnengiftung schlimmer Art wird in zahlreichen Betrieben von den Dunkelkäufern auftragsgemäß getrieben. Mancher langjährige Gewerkschafter wird irre an den von ihm bisher verfolgten Idealen und ergeht sich in kleinlichen Mordgeleien an seiner Gewerkschaft und ihren Einrichtungen. Unter dem Deckmantel der Nächstenliebe schleichen sich gefäufelte gelbe Söldlinge der Unternehmer an die Kollegen heran, versprechen ihnen Arbeit und Unterstützung, und dann, wenn es diesen Wölfen im Schafspelz gelungen ist, die Kollegen von ihrer Organisation abtrümmig zu machen, schadenfroh lächelnd ihren Auftraggebern Bericht zu erstatten. Man hat sogar die Treisigkeit, die organisierte Arbeitnehmerschaft für die heutige Wirtschaftskrise verantwortlich zu machen.

Es ist daher höchste Zeit, daß der Gewerkschaftsgedanke Gemeingut aller wird. Einmütiger Kampfeswille, vertreten durch starke Organisationen, verhindern Lohn- und Gehaltsabbau. Sie machen unsoziale Notverordnungen, wie sie erlassen wurden, unmöglich.

## Zum Arbeitslosenproblem.

Der Vorstand des Gewerkschaftsrings deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamtenverbände hat sich mit den in der Öffentlichkeit diskutierten Vorschlägen zur Umgestaltung der Arbeitslosenunterstützung in der Arbeitslosenversicherung, Krisenunterstützung und Wohlfahrt befaßt. Der Gewerkschaftsring hält gegenüber Plänen, die eine vollständige Aufhebung der Arbeitslosenversicherung vorsehen, mit Entschiedenheit am Versicherungsgebanten fest. Die durch Jahre ausgestaltete Einrichtung der Arbeitslosenversicherung mit ihrem umfangreichen Einzugsapparat muß über die Krise hinweg in wirtschaftlich gesündere Zeiten gerettet werden. Eine Senkung der Sätze der Arbeitslosenversicherung auf die Höhe der Krisenunterstützung wird vom Gewerkschaftsring mit Entschiedenheit abgelehnt. Er begründet seine Stellung damit, daß bei den jetzt gezahlten Krisenunterstützungssätzen schon im großen Umfang gemeindliche Wohlfahrtsmittel als Ergänzung angewendet werden. Diese Ergänzungsleistung der Gemeinden müßte bei der Senkung der Unterstützungssätze der Arbeitslosenversicherung vielfach schon beim Eintritt der Erwerbslosigkeit erfolgen. Das bedeutet eine weitere Verwirrung der Ausgabenwirtschaft.

Zur Schaffung eines übersichtlichen Ausgabeplans zur Versorgung der aus der Arbeitslosenversicherung ausgesteuerten Arbeitslosen hält der Gewerkschaftsring die Einrichtung einer Reichsarbeitslosenfürsorge, durch die Krisen- und Wohlfahrtsunterstützte ersetzt werden, für unumgänglich notwendig. Bei dieser Reichsarbeitslosenfürsorge kann die finanzielle und organisatorische Mitwirkung der Gemeinden durchaus erzwungen werden.

Die Pläne, einen Teil der Arbeitslosenunterstützung in Naturalien auszuzahlen, hält der Gewerkschaftsring für undurchführbar, weil die den einzelnen Arbeitslosen ausbezahlten Beträge auf ein solches Mindestmaß beschränkt sind, daß es nur bei eindringlicher persönlicher Überzeugung und praktischer Einteilung der vorhandenen Mittel für die Unterstützten möglich ist, ihre vollkommene Verelendung zu verhindern. Die Auflage eines Verbrauchs bestimmter Mengen von Lebensmitteln kann daher bei den Arbeitslosen nicht durchgeführt werden. Die ergänzende Naturalunterstützung der Gemeinden für alle Hilfsbedürftigen wird dabei angesichts der wachsenden Not unvermeidlich sein.

Der Vorstand des Gewerkschaftsrings betont erneut mit Nachdruck die Pflicht der Allgemeinheit, mit allen vorhandenen Mitteln die Not der aus dem Wirtschaftskrisen ausgehenden Arbeitswilligen zu steuern.

Die langandauernde wirtschaftliche Krise macht sich in immer stärkerem Ausmaße bemerkbar, Betriebs-schließungen sind mehr denn je an der Tagesordnung. Aus allen Teilen des Reiches ertönen Notgeschreie, und die Besorgungen über den kommenden Winter sind nicht unbegründet. Der Reichsarbeitsminister Stegerwald gebrauchte zwar auf dem Kongress des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes starke Worte, indem er ausführte: „Das deutsche Volk müßte sich schämen, wenn es sich nicht die Kraft zur Bewältigung des nächsten Winters zutraute. Wir haben schon schlimmere Zeiten überstanden. Es ist nicht wahr, daß in Deutschland alles düster ist. Das deutsche Volk zählt nach wie vor zu den fleißigsten und arbeitsamsten der Welt. Deutschland besitzt eine hochdisziplinierte Arbeiterschaft, die gewillt ist, auch große Opfer zu bringen, wenn sie sieht, daß alle Volksgenossen sich daran beteiligen. Es ist nicht wahr, daß die deutsche Arbeiterschaft bloß Ketten zu verlieren hat. Derjenige, der die Gewerkschaftsarbeit im ganzen sieht, wird in ihr die Mobilisierung gewaltiger Kräfte für Staat und Gesellschaft finden.“

Diese Worte kann man restlos unterstreichen, doch kann man nur wünschen, daß den Worten auch die Taten folgen. Die Regierung muß sich sagen, daß jede neue Notverordnung, die nur eine neue Notmaßnahme an die andere fügt, die Kluft zwischen ihr und der Volksmasse immer mehr reißt. Wie in packender Weise Höffiger in der G.M.L.-Zeitschrift schildert, herrscht eine unheimlich resigniert-zornige Stimmung. Was nach einem weiteren brutalen Angriff auf Lohn und Gehalt volkswirtschaftlich kommt, liegt schon klar zutage. Neues Konsumentensterben, Produktionsrückgang, Steigerung der Generalunkosten, zu hohe Preise. Der Anteil der Aufwendungen für zollgeschützte Lebensmittel wird innerhalb der Gesamtausgaben des Arbeitnehmers immer größer und die Summe zur Befriedigung anderer Bedürfnisse auch verhältnismäßig immer kleiner. Das alles ergibt neue Schwierigkeiten, neue Arbeitslosigkeit, politische Seelische, neue Erschütterung des Vertrauens des Auslandes, weitere Abwanderung, Zurückhaltung oder Verschleierung eingesparter Lohn- und Gehaltsanteile und am Ende steht der völlige Zusammenbruch. Vorläufig aber haben tausende und abertausende Generaldirektoren, Verwaltungsrat- und Aufsichtsratsmitglieder noch den zweifelhaften Mut, zum eigenen Risiko, ihren volkswirtschaftlichen Leistung und zur Parole des Durchhungerens im schärfsten Mißverhältnis stehende Gehälter und Löhne einzusetzen. Was gibt diesen Funktionären und Sachverwaltern einer mit durch ihre Schuld notleidend gewordenen Wirtschaft jetzt noch das Recht, aus dem fargen Gesamtertragnis Bezüge von 50 000 bis mehreren 100 000 Mark einzusetzen! Trauen müßten indessen verzweifelte Menschen den Kopf gegen die Mauer schlagen, unterernährte Kinder betrachten die Welt wie etwas nicht für sie Geschaffenes und die Mehrheit des Volkes muß unerhörte Beschränkungen auf sich nehmen. Der Reichskanzler muß seine mühevolle und in ganz anderem Sinne verantwortliche Arbeit für etwas über 30 000 Mark leisten. Ein Generaldirektor mit diesem Einkommen würde in seinem Kreise als Proletarier betrachtet werden. Das kennzeichnet die maßlose Selbstüberschätzung. Die Herausforderung der Masse, die darin liegt, bleibt auch noch die gleiche, wenn sich diese Herren schließlich bereit finden, auf 10 Prozent zu verzichten. Es muß Schluß mit dieser die Klaffengegenstände ungeheuer verschärfenden Ueberwertung gemacht werden. Wir wissen, daß die so eingesparte Summe nicht entscheidend ist. Aber die Tatsache, daß eine mehr oder weniger auch nur beauftragte Oberschicht über Rieseneinkommen verfügt, während immer neue Millionen verelenden, ist unerträglich.

Das erste Gebot für die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse ist daher Sicherung der Lebenshaltung durch Wiederherstellung des Realeinkommens der breiten Arbeitnehmerschichten. Wichtige Maßnahmen, dieses Ziel zu erreichen, sind: Festhalten an dem jetzigen Stande der erreichten Nominalgehälter und Löhne. Die staatlichen Schlichtungsinstanzen dürfen Gehalts- und Lohnabbauforderungen der Unternehmer nicht mehr stattgeben, um eine weitere Zerstörung der Massenkaukraft, die Produktion und Absatz lähmt, zu verhüten.

„Die Preise herunter!“, das verlangten wir bereits im Vorjahre, als mit Unterstützung der Regierung der erste Lohn- und Gehaltsabbau im Gange war. Und dann so schnell wie möglich zu festen Preisen. Wir wollen die Erörterung des Problems erzwingen. Da die kindliche Vorstellung herrscht, daß man den Lohn einseitig ohne großen Schaden für alle senken könne, stellen wir die harte Konsequenz einer mindestens ausgleichenden Preis-senkung auf der ganzen Linie in den Vordergrund. Man soll sich klar sein, daß dem Angriff auf Lohn und Gehalt nur durch Angriff auf die Preise begegnet werden kann.

Wo aber setzen sich deutsche Arbeitgeber mehr als ganz oberflächlich mit diesem Problem auseinander? Die Eisen- und Kohlenpreise haben sich nur so bewegt, wie es die Kartellgewaltigen für gut hielten. Das Reich hat seine verringerte Lohnsteuereinnahme, der Einzelhändler die verringerte Käuferzahl und der Großhandel den verringerten Umsatz; aber Schwer- und Großindustrie haben ihre Preispolitik gerettet. Trotzdem schlägt die Großindustrie den meisten Lärm, verlangt dauernd nach Regierungsmaßnahmen. Der Reichsverband der deutsch. Industrie hat, wie bereits berichtet, der Reichsregierung wiederum

eine Eingabe überreicht, die sich von den bisher eingereichten in der Tendenz wenig unterscheidet.

„Wir müssen wieder auf den Lebensstandard von 1900 herunter.“ Auch diese Forderung ist ein gedankenloses Schlagwort. Gedankenlos, weil eine solche Zurück-schraubung doch nur möglich wäre, wenn die ganze Wirtschaft — also auch die Produktionsanlagen, der Güterumschlag und die Zweckorganisation der Wirtschaft usw. — auf denselben Standpunkt zurückgeschraubt werden. Es wird nichts zu Ende gedacht. Kann denn nur jemand ernsthaft einen Augenblick lang in der Ausübung einiger Jahrzehnte Wirtschafts- und Kulturarbeit ein Rettungsmittel erblicken? Bezeichnend ist nur, daß alle diese Thesen immer von Menschen ausgeht, die oder aufgegriffen werden, die selbst bei einer solchen Rückwärtsentwicklung an ihrem Leibe keinen Schaden nehmen würden. Mit diesen Quackalbereien muß endgültig aufgeräumt werden. Die Regierung muß zeigen, daß sie bereit ist, wenn es not tut, auch gegen die Industrie die Führung zu übernehmen. Die Regierung allein trägt letzten Endes die Verantwortung.

## Arbeit, nicht Unterstüttung.

Der Notgeschrei nach Arbeit wird immer dringender, die Zahl der Arbeitslosen wird größer und erste Bestrebungen werden laut, ob es möglich sein wird, ohne ernste Unruhen das Heer der Arbeitslosen über den Winter hinweg zu helfen. Aufrufe zur Unterstüttung, Notstands-schlüssen werden ertönt, das Brot soll für die Erwerbs-losen verbilligt werden u. a. m. Bei aller Anerkennung dieser Bestrebungen muß doch allen Ernstes gesagt werden, daß alle diese Hilfsmassnahmen nicht ausreichen, die Not zu lindern, vor allen den seelischen Druck von den Arbeitslosen zu nehmen. Die Massen wollen keine Wohl-taten, sie wollen Arbeit. Die übergroße Mehrheit der durch die Verhältnisse zur Untätigkeit gezwungenen Erwerbslosen empfinden die ihnen gewährte Unterstüttung als eine Herabsetzung ihres eigenen Stolz, sie leiden seelisch und körperlich darunter. Erschütternd wirken die einzelnen Auslassungen der von der Arbeitslosigkeit Betroffenen. So erklärt eine Angestellte unter anderem:

„Vor allen Dingen der Gedanke, daß es für einen Menschen von etwa 50 Jahren ausgeschlossen ist, in eine feste geregelte Position zu kommen, ver-setzt mich zeitweise in vollkommene Verzweiflung, nimmt mir jede Lebensfreude. Man versucht, durch irgendwelche Abwechslung sich darüber hinweg zu täuschen, sucht Bekannte auf, fällt aber — meistens unabsichtlich und ohne einem weh tun zu wollen — eine abfällige Bemerkung über die Arbeitslosen, deren Behandlung als viel zu generös hingestellt wird, die den ganzen Tag spazieren gehen können“, so kommt man anstatt etwas aufgehellt, verärgert und aufgeregt nach Hause. Die Folge davon ist, man vermeidet, mit Menschen zusammen zu kommen, die in gesicherten Lebensverhältnissen sich befinden, man ist am liebsten allein. So kommt es, daß man nach und nach immer melancholischer wird, morgens mit Tränen aufwachst und abends sich in demselben Zustand zu Bett legt. Um sich zu bekümmern greift man zu Schlaf-mitteln.“

Ein anderer erklärt: „Wie ich noch in Arbeit stand, fühlte ich keine Müdigkeit und Erschöpfungszustände. Ich hatte Lebensmut und fühlte die volle Arbeitskraft in meinem Körper. Auch die Zeit zum Stillen und Ueber-legen während der Arbeitszeit fehlte mir. Auch wenn sich die trüben Erscheinungen, betreffs des Grübelns und Nachdenkens bemerkbar machten, überwand ich sie wäh-rend der Arbeit schneller. Da ich jetzt ohne Arbeit stehe, machen sich die genannten Krankheitszustände lo-tal bemerkbar, daß ich jetzt nicht so widerstandsfähig bin, wie bei der Arbeit, da ich in manchen Momenten meinen Lebensmut sinken lasse.“

Ein dritter erklärt:

„Arbeitslos ist ein schweres Los auf Erden. Arbeitslos heißt auch von der Unterstüttung vegetieren zu müssen. Ich habe das an meinem eigenen Körper verspürt. Jah-relang habe ich Erwerbslosigkeit durchgemacht. Es fehlt an allen Seiten. Ich habe ein Heim, der Monat ver-geht schnell und dann Miete fällig. Arbeitslos sein, heißt Qualen durchmachen in Not und Elend, es kann nur einer verstehen, der es durchgemacht hat. Die an-deren Menschen, die nur Arbeit kennen, wissen nicht mehr was Hunger heißt und können sich gar nicht vorstellen, wie sich der Mensch freut, wenn Jahrtag ist, daß er den Hunger stillen kann. Die Menschheit ist schlechter als ein Tier — da Hunger und auf der anderen Seite Lust und Leben in Saft und Braus, arm sein und keine Ar-beit heißt in Not sein und Elend vor dem Leben. Ich leide unter der Arbeitslosigkeit schwer; denn es gibt Tage, wo man sich mit Gedanken herumträgt, die schrecklich sind. Am Tage — ich lese, schlafe, lese, mache Musik und kann dann noch schwer schlafen. Es erfährt einen ein Elend. Man geht auf die Straße. Ein Ziel hat man nicht. Man geht und geht, bis es Abend wird. Ich bin abgestumpft, nervös und leide. Man geht über den Damm, ich habe schon manchmal zu meiner Frau gesagt ich stauere, daß ich jetzt immer heil geblieben bin. Der Mensch wundert sich, ich nicht, denn meine Nerven und mein Charakter, überhaupt der ganze Mensch ist haltlos. Ich bin glücklich, wenn es Nacht ist und ich schlafen kann. Der Tag ist ein Grauel, wenn man auf-wacht und nicht weiß wohin, woher.“

„Bedenke die Aufzeichnungen, die wir der Zeitschrift „Bode“ entnommen und von Sanitätsrat Dr.

Sultusbürger verfaßt sind, bringen ein erschütterndes Bild über die seelischen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit, es sind Bilder, die von einem praktischen Arzt aufgenommen sind und um so ergreifender wirken. Dr. Sultsbürger weist in diesem Zusammenhange auf die Einwirkungen der Wohnungsnot hin, indem er schreibt: „Und nun nehme man hinzu, daß alle diese menschlichen Geschicke sich in einer überaus traurigen Wohnungssenge abspielen pflegen. Der Arbeitslose kommt nach Hause, wird sehnlichst erwartet in der Hoffnung, vielleicht doch Arbeit gefunden zu haben — welche Enttäuschung, wenn dies nicht zutrifft. Die schon vordem gereizte Stimmung der Frau wächst und es kommt zu erneuten Reibereien, Streitigkeiten, wütlichen und tödlichen Explosionen. Das sind die täglichen Erlebnisse bei Tage, und sie finden ihre Fortsetzung bei Nacht. Man kann sich ungefähr vorstellen, was tagaus, tagaus in den Menschen für Stimmungen erwachen und ausgelöst werden, wenn sie keine Gelegenheit haben, in der Wohnung sich voneinander, wenigstens vorübergehend zurückzuziehen u. auf sich selbst zu bestimmen. Man könnte sich eigentlich wundern, daß es noch so friedlich in den zusammengepackten Menschenmassen abgeht, werngleich natürlich die Geschicknisse reichlich zahlreich und erschütternd genug sind, über die wir tagaus, tagaus zu hören bekommen. Es liegt klar auf der Hand, daß durch all die Schädigungen, die infolge der Wohnungs- und Arbeitslosigkeit die seelisch-seelische Einheit des Organismus treffen, mehr und mehr ärztliche Hilfe und Behandlung mit all ihren Auswirkungen in Anspruch genommen wird; das muß sich nach und nach zahlenmäßig als eine starke sekundäre Belastung bemerkbar machen.“

Diese Ausführungen sind außerordentlich beachtenswert, zeigen dieselben uns eine Gefahrenquelle, die in ihren Auswirkung schwere Schäden in sich birgt. Es muß daher immer wieder die Forderung erhoben werden, im Rahmen der Möglichkeit Arbeit zu beschaffen. Die Regierung kommt aus ihren Beratungen nicht heraus, der Einfluß der industriellen Krise ist offenbar so groß, daß die Regierung immer noch zögert, einschneidende Maßnahmen zu ergreifen. Die Forderung der Spitzenverbände auf Einführung der 40 Stundenwoche ist noch nicht erfüllt. Wir haben zwar auf dem Papier den Achtstundentag, in Wirklichkeit werden noch unzählige Ueberstunden geleistet, während Millionen fleißiger Hände gegen ihren Willen feiern müssen. Das ist ein Zustand, der für die Dauer unerträglich ist. Die Stellungnahme der Unternehmerverbände ist zur Genüge bekannt, dieselben erblicken in einer überaus langen Arbeitszeit (60 Stunden die Woche) und einer niederen Entlohnung das Allheilmittel zur Bekämpfung der Krise. Die lange Arbeitszeit soll als Ausgleich für die niedere Entlohnung dienen. Eine Regierung, die eine Gesundung der Wirtschaft im Auge hat, darf den rückständigen Ansichten der Unternehmer nicht weiter Gehör schenken, muß unbedingt auf dem Verordnungswege zur Verkürzung der Arbeitszeit schreiten. Es wäre verwegen, die Verkürzung der Arbeitszeit als Allheilmittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit anzusehen, wir geben uns durchaus keinen übertriebenen Hoffnungen hin. Wenn es nur gelingt, etwa 500 000 Erwerbslose wieder dem Arbeitsprozeß zuzuführen, bedeutet das ein wesentlicher Vorteil. Allerdings muß jede Verkürzung der Arbeitszeit im Zusammenhang mit Neueinstellungen getätigt werden. Des weiteren müssen die Gewerbeaufsichtsbeamten angewiesen werden, jede Ueberstunde, jede Sonntagsarbeit zu unterlagen. Auch der Vergütung von öffentlichen Arbeiten muß erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden, Post und Eisenbahn könnten in dieser Beziehung etwas Vorbildliches leisten. Wir verkennen nicht, daß in dieser Zeit die größte Sparsamkeit betrieben werden muß. Wir wissen auch, daß es kein Zaubermittel gibt, die heutige Krise und Arbeitslosigkeit zu beseitigen, aber eine Scharpolitik am falschen Ende kann für den schon so geschwächten Wirtschaftskörper unübersehbare Folgen haben. Mit Versprechungen und guten Worten läßt sich ein Heilungsprozeß nicht vollziehen, die Regierung muß einsehen, daß es so nicht weiter geht, sie muß sich endlich frei machen von den Einflüsterungen bestimmter Interessenspolitiker. Dem Lohnabbau muß seitens des Arbeitsministeriums ein energisches Halt entgegen gerufen werden, eine weitere Senkung der Reallohne darf unter keinen Umständen mehr Platz greifen. Mit den direkten und indirekten Subventionen an die Landwirtschaft muß endlich Schluß gemacht werden.

Die Arbeitslosigkeit auf dem Baumarkt hat geradezu verheerende Formen angenommen. Hunderttausende feiern im Baugewerbe und auf der andern Seite können sich die Vorräte an Baustoffen zu Bergen, verkauft das Rüstzeug und verrotten die Maschinen. Das Baugewerbe ist ein Schlüsselgewerbe, von dessen Beschäftigungsgrad viele andere Gewerbe abhängen. Eine starke Propaganda seitens der Hausbesitzer und auch vieler anderer Stände hat für die Beseitigung der Hauszinssteuer eingeseht, ungeheurer viel Baumaterial wird dazu verschwendet. Würde die Regierung diesem Treiben Gehör schenken, würde eine geradezu katastrophale Lage auf dem Baumarkt einsetzen, wir erwarten seitens der Regierung, daß dieselbe sich der großen Gefahr bewußt ist, die durch die Beseitigung der Hauszinssteuer entstehen würde.

Die Verzweiflung in Arbeitnehmertreuen ist ungeheuer groß. Die Entlohnung der noch im Arbeit stehenden ist derartig gering, daß der Lebensunterhalt kaum bestreut werden kann. Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Lohnsenkung, Zollpolitik haben unsere Wirtschaft in einen Schlag versetzt, von dem es sich nicht eher erholen wird, bis andere Wege eingeschlagen werden. Die Masien des Volkes werden es nie verstehen, daß man ihnen ihr Ein-

kommen durch dauernde Notverordnungen auf das nicht mehr erträgliche Maß kürzt, während man nicht den Mut aufbringt, die fiktiven Gehälter der Direktoren, höheren Beamten und die hohen Pensionen anzutasten. Wenn man im Ernste glaubt, durch Suppenküchen und sonstige freiwilligen Hilfsmittel die berechnete Empörung zu dämpfen, so hat man sich geirrt. Wir gehören nicht zu den Schwarzsehern, aber jedes Ding hat doch einmal ein Ende. Das deutsche Volk erträgt Hunger und Entbehrungen, aber keine Ungerechtigkeiten, es verlangt daher Arbeit und keine Wohltaten.

## Gegen die Abdingbarkeit der Tarifverträge.

Eine Konferenz der Hauptvorstände der deutschen Gewerkschaften S.-D. beschäftigte sich mit der gesteigerten und fast unerträglich gewordenen Notlage der Arbeiterschaft, die durch die Wirtschaftskrise hervorgerufen und durch gesetzliche Maßnahmen noch verschärft worden ist und weiter verschlechtert werden soll. Die Konferenz behandelte hauptsächlich die seit langer Zeit seitens der Unternehmerverbände angestrebten abdingbaren Tariflöhne, einer Fortsetzung der Lohnabbauhypothese, die als Auflockerung der Tarifverträge oder als Beweglichkeit der Gestaltung der Tariflöhne deklariert wird. Die fortwährenden Verstöße der Unternehmer scheinen auf die Regierung nicht ohne Wirkung geblieben zu sein. Die Gewerkschaften warnen in Uebereinstimmung mit der Spitzenorganisation der freiheitlich-nationalen Arbeiterbewegung, dem Gewerkschaftsring, die Regierung dringend, den Forderungen der Unternehmer zu folgen. Eine solche Auflockerung der Tarifverträge kommt einer Vernichtung derselben gleich. Nimmt man dadurch den Arbeitern die Tarifverträge, dann vernichtet man das Tarifwesen, vernichtet ein Friedensinstrument der Wirtschaft in einer Zeit starker wirtschaftlicher Interessengegensätze. Zusammen mit der wirtschaftlichen Not, muß das zu weiteren innerpolitischen Erschütterungen führen.

Weniger Lohn ist das Ziel der Unternehmer. Die Vergangenheit, die Lohnkürzungen von mehr als 20 Prozent gebracht hat, beweist, daß Lohnkürzungen: Mindert die Kaufkraft, geringere Lohnsteuer, geminderte Sozialbeiträge mit sich bringen und damit eine Verschlechterung der Wirtschaft und Gefährdung der öffentlichen Finanzlage zeitigen. Die jetzige katastrophale Wirtschaftslage, unter der neben den Arbeitern auch die kleineren Gewerbetreibenden am stärksten leiden, ist der beste Beweis für die falsche Lohnpolitik der „Wirtschaftsführer“. Die Regierung darf daher einer Auflockerung des Tarifwesens unter keinen Umständen stattgeben.

## Wie das Ausland über die deutschen Wirtschaftsführer denkt.

Die „Bergwerks-Zeitung“, das bekannte Organ der Scharfmacher aus der deutschen Schwerindustrie bringt periodisch von ihrem holländischen Mitarbeiter Bericht. Ausgerechnet dieses Scharfmacherorgan muß sich in ihrem holländischen Wirtschaftsbrief folgendes schreiben lassen:

„Die Ereignisse der letzten Monate haben ein Schlaglicht auf Zustände geworfen, wie sie kaum einmal in der Welt vorgekommen sind. Wie es möglich war, daß solche unjünglichen Kredite an einzelne Konzerne gegeben wurden, ist besonders dem Ausland unverständlich. . . . Aufsichtsräte mit gesundem Menschenverstand zeichnen doch solch eine verwickelte Bilanz nicht ohne einen Buchprüferbericht. Oder ging es den Leuten nur um die Tantieme und legten sie ihre Banken herein, indem sie beide Augen schloßen? . . . In den meisten Fällen fließt die Tantieme ganz in die Tasche des von feiner Bank in den Aufsichtsrat delegierten Direktors. . . . Wenn deutsche Werte so wenig gekauft werden in der Welt, so ist das die Schuld der Geschäftsleitungen, die alle diese Mißstände zur Genüge kennen. Ein weiteres Element des Mißtrauens ist die Langmut, mit der Staat und Aktionäre die schuldigen Leiter der Gesellschaften und Finanzinstitute behandeln, die durch ihre Schuld die Katastrophe der letzten Monate herbeigeführt haben.“

Wir haben dieser Beurteilung — oder, besser gesagt, Beurteilung deutscher Wirtschaftsführer —, die übrigens vom gesamten Ausland geteilt wird, nichts hinzuzufügen. Hier wird klipp und klar der deutschen Öffentlichkeit in dem Organ der Schwerindustrie dargelegt, wer die Schuld und die Verantwortung für die völlige Vertrauenserschütterung trägt.

In dem zitierten holländischen Urteil wird übrigens noch eine Mahnung ausgesprochen, die — in dem Organ der Schwerindustrie — noch merkwürdiger anmutet. Es heißt nämlich hinsichtlich der Bezüge der Wirtschaftsführer, daß man sich auch hier umstellen müsse, daß „aufreizende Bezüge der leitenden Personen auf das vernünftige Maß gebracht werden müssen“ und daß auch die Schleichwege der Verdienstmöglichkeiten für die Leitung der Unternehmungen, „die vielen unnötigen Repräsentationskosten, die delegierten Aufsichtsratsstellen“ verschwinden müssen.

Dieses Urteil ist nicht weiter verwunderlich, vielmehr berechtigt, wenn man nachstehende Ausführungen in Betracht zieht, die in dem Organ des Gewerkschaftsvereins der deutschen Fabrik- und Handarbeiter veröffentlicht werden.

Die „Deutsche Beamtenbund-Korrespondenz“ veröffentlicht einen Artikel von unerrichteter Seite, der Auf-

schluß nicht nur über die hohen Direktoren-Gehälter in der Privatindustrie, sondern auch über die Fehlinvestitionen auf Kosten der Allgemeinheit gibt. Wir entnehmen dem Artikel das folgende:

Die Gewerkschaft König Ludwig in Recklinghausen, die acht Schächte und ein Stammkapital von 25 Millionen Reichsmark besitzt, hatte zuletzt einen Reingewinn von 283 000 Reichsmark. Der Generaldirektor erhielt 1930 ein festes Gehalt von 150 000 RM. und für Aufsichtsratsantien und andere Nebenbezüge mindestens noch einmal 100 000 RM.

Das Gehalt des zweiten Generaldirektors wurde 1930 auf 80 000 Reichsmark „herabgesetzt“; daneben stehen ihm Tantiemen und Vergütungen in Höhe von etwa 50 000 bis 80 000 Reichsmark und eine freie Wohnung mit Brennstoff und Licht zu. Unter den beiden Generaldirektoren arbeiten vier Direktoren mit 55 000 Reichsmark, 50 000, 35 000 Reichsmark und 30 000 Reichsmark Jahresgehalt. Zwei Betriebsführer, die aus der mittleren Laufbahn hervorgingen, erhalten je 24 000 Reichsmark Jahresgehalt. 1930 wurde die Gewerkschaft König Ludwig mit der Gewerkschaft Ewald zusammengelegt, deren Generaldirektor ohne Tantiemen und Wohnungsgeld 100 000 Reichsmark verdiente. Als die Zusammenlegung erfolgte, wurden ein Generaldirektor und zwei Direktoren der Gewerkschaft König Ludwig mit vollem Gehalt pensioniert. Die Gewerkschaft König Ludwig baute 1926 bis 1928 zwei neue Schächte für 15 bis 16 Millionen Mark auf kurzfristigen Kredit; diese Schächte wurden nach wenigen Monaten sofort ganz stillgelegt. Die Schächte wurden lebendig gebaut, um die Quote der Gewerkschaft bei dem Kohlenyndikat zu erhöhen. Die Gewerkschaft Ewald baute 1929 zwei neue Schächte und ein Städtstoffwerk mit einer kurzfristigen amerikanischen Anleihe von 35 Millionen Mark. Heute ist nicht nur diese neue Schachtanlage, sondern auch die alte Schachtanlage in einem Wert von 20 Millionen Mark völlig stillgelegt, 4000 Bergleute feiern heute wegen der Fehlinvestierung. Das Städtstoffwerk wird betrieben, um Kohlen zu verwerten, obwohl in nächster Nachbarschaft zu gleicher Zeit zwei andere neue Städtstoffwerke aus der Erde gestampft sind. Eines von beiden ist bereits wieder stillgelegt.

Die Harpener Bergbau A.-G. baute kürzlich eine äußerst moderne Kohlenwäsche und Grobkohle für 16 bis 17 Millionen Mark. Der Rohbau wurde soeben fertig; gleichzeitig wurde die benachbarte Zeche Recklinghausen I mit 750 Mann Belegschaft stillgelegt.

In Mühlheim an der Ruhr wurde eine kostspielige Anlage zur Kohleversäufung, die 35 bis 40 Millionen Mark gekostet haben soll, stillgelegt. Die Reichsanstalt gab unangebrachte Zuschüsse.

Der Westfälische Witing-Konzern legt seine Zementwerke in Beckum und Vengerich still und baute in Neuwied ein neues großes Werk, für das er natürlich schon bei der Fertigstellung keinen Absatz hatte. Die Spekulation um die Quote spielt überhaupt im Bergbau eine große Rolle. Der Bergbau hielt die Inflation und das kurzfristige Auslandsgeld für den richtigen Anlaß zu einer Rationalisierung im großen. Etwa 50 bis 60 alte Schächte an der Ruhr wurden stillgelegt, nachdem ihre Beteiligungsziffern von den Werken an der Emfäyer aufgekauft waren. Dafür wurden neue Schächte nach den neuesten Errungenschaften für verschiedene Millionen Reichsmark im Norden angelegt.

Die Gewerkschaft König Ludwig kaufte 1925 die Gewerkschaft Trappe für 13 Millionen Reichsmark, die die Gewerkschaft König Ludwig 1925 nach der Ruhrbesetzung angeblich zur Herrichtung ihrer Anlage vom Reich erhalten hatte. Sichtlich wurde stillgelegt, nördlich wurde die erhöhte Quote zum Ausbau des Werkes um zwei neue Schächte ausgenutzt, die heute wieder stillgelegt sind.

Die Vereinigten Stahlwerke legten in Remscheid ein Werk still, das gerade einige Jahre vorher ganz modern mit einem Aufwand von mehreren Millionen aufgezogen war. Ähnlich liegt es mit der Vereinigung der Edelstahlwerke. Auch hier sind ohne Zweifel Dispositionen getroffen, die falsch waren und Millionenverluste verursachten. Ein Remscheider Werk mit einer Belegschaft von 1000 Arbeitern, das schon mehrere Jahre mit Unterbilanz abschloß, stellte vor einigen Jahren einen Generaldirektor mit 75 000 Reichsmark Jahresbezug an.

Die sechs Generaldirektoren des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes bezogen Jahreseinkommen von 140 000 bis 200 000 Reichsmark. Diese Bezüge sind nach Auffassung maßgebender Persönlichkeiten im Verhältnis zu den Bezügen anderer Generaldirektoren mäßig.

Zwei Beigeordnete aus der Stadtverwaltung Köln und ein Beigeordneter aus der Stadtverwaltung Essen wechselten in die Industrie hindüber und erhielten das Zwei- bis Sechsfache ihrer früheren Gehälter.

Dieselbe Industrie ruft nach Staatsaufsicht über die Gemeinden!

## Zur Lohn- und Tarifvertragsbewegung.

Die Arbeitgeber erblicken ihr Heil in einer nicht den gegebenen Verhältnissen entsprechenden niederen Lohnfestsetzung, ebenso rückständig sollen die Tarifvertragsbestimmungen gelagert sein. Ob damit die Kaufkraft der Massen gelähmt, die Arbeitskraft und -lust eingedämmt wird, darüber macht man sich anscheinend keine Sorgen. Man ist offenbar mit der ersten Lohnabbauwelle sehr unzufrieden. Diese Kreise können sich nicht damit ab-

finden, daß die behördlichen Schlichtungsstellen den Willen der Arbeitnehmerorganisationen nicht stärkeren Widerstand entgegengekehrt und sich mit 6 Prozent Lohnabbau begnügt haben. „Die Holzindustrie“, das Organ des Arbeitgeberverbandes der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes weist in seiner letzten Nummer besonders darauf hin, daß angesichts der geringen Lohnsenkung, die Reichsindexziffer vom August 1930 bis August 1931 von 148,8 auf 134,9, also um 9,3 Prozent zurückgegangen ist, man folgert daraus, daß in der Holzindustrie eine weitere Senkung der Tariflöhne dringend an der Zeit ist. „Die Holzindustrie“ folgert dann weiter, indem es schreibt:

„Wenn man sich vergegenwärtigt, was bisher an neuen Lohnverhandlungsergebnissen vorliegt, so dürfte für das Holzgewerbe damit zu rechnen sein, daß in freien Lohnverhandlungen nur sehr schwer befriedigende Lösungen gefunden werden, da die Gewerkschaften nach den bisher vorliegenden Verhandlungsberichten immer noch glauben, daß die Lohnhöhe vom Frühjahr d. J. zum mindesten noch bis zum Frühjahr halten zu können. Die Folge wird sein, daß in weiteren Vertragsgebieten des Holzgewerbes die betriebliche Lohnregelung sich durchsetzt, weil die Gewerkschaften durch ihre Einstellung verhindern, daß neue Lohnabschlüsse auf bezirklicher Grundlage erträgliche Lohnbedingungen geschaffen werden. Es mag schwer sein für die Gewerkschaften, ihren Mitgliedern die Notwendigkeit der Lohnsenkung begreiflich zu machen, wenn man Jahre hindurch verkündet hat, daß die Gewerkschaften für eine dauernde Erhöhung der Löhne sorgen würden. Die Verhältnisse, wie sie im Holzgewerbe z. Bt. liegen, dürften aber doch zur Genüge klar gemacht haben, daß die Lohnentwicklung der letzten Jahre auf ungesunder Grundlage aufgebaut war und nur unter wirtschaftlichem und politischem Druck möglich war, daß ferner eine Auflockerung dieser Verhältnisse mit dem Augenblick kommen mußte, wo auch gewissen Kreisen klar geworden war, daß es nicht auf die Höhe des Lohnes ankommt, der verdient wird, sondern auf das, was für den verdienten Lohn gekauft werden kann. Hierbei soll ohne weiteres zugegeben werden, daß auch die Maßnahmen zur Senkung der Preise beschleunigter hätten durchgeführt werden können, um die schweren Auseinandersetzungen um die neue Lohngestaltung erleichtern zu helfen.“

Durch diese letzte Feststellung gibt der Arbeitgeberverband offen zu, daß das Pferd vom Schwanz aufgezäumt worden ist, man müßte gerechterweise auch die Unterlassungsünden der Arbeitgeberverbände hinzufügen. Als seinerzeit seitens der Reichsregierung der Lohnabbau, verbunden mit allgemeiner Preissenkung angekündigt wurde, da waren es die Gewerkschaften, die dieser Aktion mit berechtigtem Mißtrauen entgegenzogen, sie forderten daher erst Preissenkung und erst, wenn dieselbe auch wirklich durchgeführt sei, könnte man über einen Lohnabbau reden. Was taten jedoch die Arbeitgeberverbände? Sie ließen die Preissenkung vollständig außer acht, propagierten vielmehr eine Mietssteigerung in Form einer Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft, starrten jedoch, wie hypnotisiert, nur auf den Lohnabbau. Anstatt gemeinsam mit den Arbeitnehmern den Kampf für Preissenkung aufzunehmen, verzettelte man seine Kräfte in dem Bestreben eines durch nichts zu rechtfertigenden Lohnabbaues. Eine diesbezügliche gemeinsame Aktion wäre in Wahrheit eine Befreiung gewesen. Die Führer der Gewerkschaften haben wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß es in der Hauptsache darauf ankommt, was die Arbeitnehmer sich für den Lohn kaufen können. Dafür haben die Kollegen allerdings kein Verständnis aufbringen können, daß man ihnen zunächst die Ueberverdienste, die ihnen laut Vertrag geschuldet sein sollten, nahm, dann dazu übergeht, mit Hilfe der Schlichtungsstellen den Tariflohn kürzt, ohne den Nachweis zu erbringen, daß eine fühlbare Preissenkung eingetreten ist. Hinzu kommt, daß man den Verdienstaussfall durch Kurzarbeit ganz außer Betracht gelassen hat.

Es ist daher selbstverständlich, daß die Gewerkschaften sich auch gegen die weitere Lohnabbauwelle wehren müssen, sie machen daraus auch keinen Hehl, im Gegenteil, sie halten sich für verpflichtet dazu, selbst auf die Gefahr hin, den Unwillen der Arbeitgeberverbände hervorzurufen. Die Gewerkschaften sind sich ihrer Verantwortung gegenüber ihren Mitgliedern, sowie auch der Wirtschaft voll und ganz bewusst, sie haben auch in der Lohn- und Tarifpolitik den Beweis erbracht, daß sie nicht nach links und rechts geschaut, sondern stets den für die deutsche Wirtschaft zur Gesundung führenden Weg beschritten haben. Diesen Weg werden wir auch weiter beschreiten, vielleicht liegt die Zeit nicht mehr allzu ferne, wo auch von Arbeitgeberseite, wie auch seitens der Regierung die Erkenntnis kommt, daß die Gewerkschaften ein wirtschaftliches und politisches Bollwerk bilden, das von keiner Seite übersehen werden darf.

### Soziale Kommission der Deutschen Gewerksvereine (G.-D.) Groß-Berlin.

Um allen Berliner Kollegen den Theaterbesuch zu volkswirtschaftlichen Preisen zu ermöglichen, beteiligt sich der Vorstand der Sozialen Kommission an einem Unternehmen, das sich „Deutsches Volkstheater“ nennt und den jetzigen Verhältnissen Rechnung trägt. Jeder Kollege kann

einen festen Tag sowie einen festen Platz wählen. Garbobe- und Programmgebühr sind im Kartenpreis eingerechnet. Näheres durch die Prospekte. Anmeldungen sind an den Vorstand der Sozialen Kommission, Greifswalder Straße 221-223 zu richten.

Der Vorstand.  
E. Jordan.

### Neuregelung der Kurzarbeiterunterstützung des RMVdG. ab 1. September 1931.

Die Notverordnung vom 5. Juni 1931 bestimmt im Artikel 9 Abs. 3, daß die bisherigen Bestimmungen über Kurzarbeiterunterstützung am 1. September 1931 außer Kraft treten, sofern der Verwaltungsrat der Reichsanstalt für RMVdG nicht andere Bestimmungen an diese Stelle setzt.

Der Verwaltungsrat hat eine Neuregelung der Bestimmungen für Kurzarbeit vorgenommen. Diese neuen Bestimmungen weichen in wesentlichen Teilen von den bisherigen ab.

Der Kleinbetrieb unter 10 Arbeitnehmern fällt auch in Zukunft nicht unter die Kurzarbeiterbestimmungen.

Die Kurzarbeiterunterstützung ist für das ganze Reich und für alle Berufe zugelassen. Der Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes kann die Kurzarbeiterunterstützung für Bezirke und Berufe ausschließen, in denen ein Bedürfnis nicht vorliegt.

Es ist nicht mehr erforderlich, daß die Mehrheit der Abteilung oder des Betriebes verkürzt arbeitet, sondern es genügt in Zukunft, wenn der einzelne Arbeiter in der Woche 3, 4 oder 5 Tage ausfällt.

Die Auswirkung der Senatsentscheidung Nr. 3973, wonach Ausfertigung an Wochenfeiertagen nicht in Anrechnung kommen dürfen, ist in soweit beseitigt worden, als Wochenfeiertage, die auf Tage fallen, an denen sonst im Betriebe gearbeitet wird, als Ausfertigungstage in Anrechnung kommen.

Arbeitsmangel im Sinne der Verordnung ist dann gegeben, wenn die betriebsübliche Arbeitszeit aus wirtschaftlichen Gründen verkürzt wird. Wird die Arbeitszeit durch Gesetz, Rechtsordnung oder Tarifvertrag verkürzt, so gelten die dadurch ausfallenden Arbeitstage nicht als Ausfertigungstage. Soweit beispielsweise durch Betriebsvereinbarung ein Arbeitstag in der Woche ausfällt, so gilt auch dieser Tag im Sinne der Verordnung für Kurzarbeiter, als Ausfertigungstag.

Der Begriff der Doppelwoche ist wie bisher bestehen geblieben.

Allein dadurch, daß bei Kurzarbeit mehr als 50 Prozent des früheren Verdienstes bei Vollarbeit erreicht wird, darf die Unterstützung nicht verweigert werden.

Seringfügiger Nebenverdienst bis zur Höhe von 10 Prozent des verbleibenden Kurzarbeiterlohnes wird in der Regel anrechnungsfrei bleiben.

Eine Bedürftigkeitsprüfung für Kurzarbeiter findet in keinem Falle statt.

Die Errechnung der Unterstützungssätze für Kurzarbeit ist auf eine neue Grundlage gestellt worden. Sie bestehen nicht mehr in den normalen Unterstützungssätzen der §§ 105 und 107; auch Renten nach § 112 a kommen nicht zur Anrechnung. Nach den Lohngruppen und dem Familienstand sind Sätze festgelegt und tabellenmäßig aufgenommen worden. Die Höhe der Unterstützung ergibt sich in jedem Falle aus den nachfolgenden Tabellen.

Die Erfüllung einer Amtspflicht von 26 bzw. 52 Wochen ist zum Bezüge einer Kurzarbeiterunterstützung nicht mehr erforderlich. Die Senatsentscheidung Nr. 4096 ist somit überholt.

Der Anspruch auf Kurzarbeiterunterstützung ist zeitlich nicht begrenzt, derselbe erlischt nur durch Unterbrechung des Unterstützungsbeges von mehr als 3 Kalenderwochen oder durch einzelne Unterbrechungen von mehr als 8 Wochen in einem Jahre. In beiden Fällen bedarf es erst eines neuen Antrages und einer erneuten Wartezeit zum Bezüge weiterer Unterstützung.

### Wöchentliche Kurzarbeiterunterstützung beim Ausfall von 4 Arbeitstagen.

Lohnklasse	Kurzarbeiter ohne Zuschlagsberechtigte Angehörige	Kurzarbeiter mit			
		1 Zuschlagsberechtigten Angehörigen	2 Zuschlagsberechtigten Angehörigen	3 Zuschlagsberechtigten Angehörigen	4 Zuschlagsberechtigten Angehörigen
1	2	3	4	5	6
I	2,—	2,30	2,60	2,90	3,15
II	2,40	2,80	3,20	3,60	4,—
III	2,70	3,25	3,80	4,35	4,90
IV	3,—	3,75	4,50	5,25	6,—
V	3,40	4,40	5,40	6,40	7,25
VI	3,80	5,05	6,30	7,55	8,65
VII	4,20	5,70	7,20	8,70	10,05
VIII	4,60	6,35	8,10	9,85	11,45
IX	5,—	7,—	9,—	11,—	12,85
X	5,40	7,65	9,90	12,15	14,25
XI	5,80	8,30	10,80	13,30	15,85

### Wöchentliche Kurzarbeiterunterstützung beim Ausfall von 5 Arbeitstagen.

Lohnklasse	Kurzarbeiter ohne Zuschlagsberechtigte Angehörige	Kurzarbeiter mit			
		1 Zuschlagsberechtigten Angehörigen	2 Zuschlagsberechtigten Angehörigen	3 Zuschlagsberechtigten Angehörigen	4 Zuschlagsberechtigten Angehörigen
1	2	3	4	5	6
I	3,—	3,40	3,80	4,20	4,60
II	3,60	4,20	4,80	5,40	6,—
III	4,05	4,85	5,65	6,45	7,25
IV	4,50	5,55	6,60	7,65	8,70
V	5,10	6,45	7,80	9,15	10,50
VI	5,70	7,35	9,—	10,65	12,30
VII	6,30	8,25	10,20	12,15	14,10
VIII	6,90	9,15	11,40	13,65	15,90
IX	7,50	10,05	12,60	15,15	17,70
X	8,10	10,95	13,80	16,65	19,50
XI	8,70	11,85	15,—	18,15	21,80

### Wöchentliche Kurzarbeiterunterstützung beim Ausfall von 3 Arbeitstagen.

Lohnklasse	Kurzarbeiter ohne Zuschlagsberechtigte Angehörige	Kurzarbeiter mit			
		1 Zuschlagsberechtigten Angehörigen	2 Zuschlagsberechtigten Angehörigen	3 Zuschlagsberechtigten Angehörigen	4 Zuschlagsberechtigten Angehörigen
1	2	3	4	5	6
I	1,—	1,20	1,40	1,55	1,70
II	1,20	1,40	1,60	1,80	2,—
III	1,35	1,70	2,05	2,40	2,70
IV	1,50	2,—	2,50	3,—	3,50
V	1,70	2,40	3,10	3,80	4,—
VI	1,90	2,80	3,70	4,60	5,—
VII	2,10	3,20	4,30	5,40	6,—
VIII	2,30	3,60	4,90	6,20	7,—
IX	2,50	4,—	5,50	7,—	8,—
X	2,70	4,40	6,10	7,80	9,—
XI	2,90	4,80	6,70	8,60	10,—

### Ortsverein Berlin Süd-Ost.

### Monats-Versammlung

am Sonnabend, dem 10. Oktober 1931, abends 8 Uhr im Vereinslokal Ewalds Vereinshaus, Stalitzerstraße 126

Vortrag des Kollegen Volkmann

### Was fordert die Zeit?

Zahlreiches Erscheinen dringend erforderlich.

Der Vorstand.

### Glaserei

in Vorstadt v. Dresden gelegen, 37 Jahre in einer Hand, Altershalber sofort zu verkaufen, Preis 1500 Mk. Offerten erbeten an Karl Müller, Dresden A. 19, Markgraf-Heinrich-Straße 6.

### Sprechmaschinen-Laufwerke

Schalldosen, Metalltonführungen usw. zum Einbauen, verl. Sie Preisliste und Einbauanweisung. M. Bopp, Hanau a. Main, Huttenstraße 3.

### Pünktliche Beitragszahlung ist dringende

### Pflicht eines jeden Mitgliedes.

Für die Woche vom 26. Sept.—2. Okt. ist die 39. Woche fällig

Für die Woche vom 3.—9. Okt. ist die 40. Woche fällig

Für die Woche vom 10.—16. Okt. ist die 41. Woche fällig



### Einheitliche Vereinsabzeichen!

Alle unsere Mitglieder werden auf die einheitlichen Vereinsabzeichen hiermit aufmerksam gemacht. Die Vereinsnadel kostet das Stück 50 Pfg. In derselben Ausmaße sind wieder, wie vor dem Kriege, Manschettenknöpfe angefertigt zum Preise von 1,20 Mk. das Paar. Auch diese sind wie die Vereinsnadel vom Hauptbüro durch die Ortsvereine zu beziehen.

Besgleichen sind Jubiläumsabzeichen für 25 jährige Mitgliedschaft in derselben Form mit Silberkranz und der Zahl 25 in der Spitze für 2,50 Mk. das Stück vom Hauptbüro zu beziehen.